

N i e d e r s c h r i f t

S c h B A / V I I I / 0 6

Niederschrift über die Sitzung des Schul- und Bildungsausschusses der Gemeinde Rosendahl am 02.02.2012 im Sitzungssaal des Rathauses, Osterwick, Hauptstraße 30, Rosendahl.

Anwesend waren:

Der Ausschussvorsitzende

Steindorf, Ralf

Die Ausschussmitglieder

Deitert, Manuel
Espelkott, Tobias

Vertreter für Josefa Fleige-
Völker

Kreutzfeldt, Klaus-Peter
Lembeck, Guido
Mensing, Hartwig
Schaten, Carina
Weber, Winfried
Wilde, Andreas

Die beratenden Mitglieder gem. § 85 Abs. 2 Schulgesetz

Banse, Otto	Pfarrer
Barkowsky-Pokart, Axel	Rektor der Verbundschule Legden Rosendahl
Kahlert, Alexander	Rektor der Antonius- Grundschule Darfeld
Middelberg, Thomas	Rektor der Sebastian- Grundschule Osterwick
Müller, Josef-Karl	Rektor der Nikolaus- Grundschule Holtwick

Von der Verwaltung

Niehues, Franz-Josef	Bürgermeister
Gottheil, Erich	Allgemeiner Vertreter
Fuchs, Maria	Produktverantwortliche
Wisner-Herrmann, Sabine	Schrifführerin

Die Ratsmitglieder als Zuhörer

Eimers, Alfred

Als Gäste zu TOP 6 ö.S.

Boland-Theißen, Dr. Mech-
tilde

Verbandsvorsteherin des
Zweckverbandes Musik-

Gerigk, Gregor

schule der Gemeinden Bill-
erbeck, Coesfeld und Ro-
sendahl
Mitarbeiter der Musikschule
der Gemeinden Billerbeck,
Coesfeld und Rosendahl

Es fehlten entschuldigt:

Die Ausschussmitglieder

Fleige-Völker, Josefa

Die beratenden Mitglieder gem. § 85 Abs. 2 Schulgesetz

Holtmann, Dirk	Pfarrer
Remke, Carsten	Pfarrer
Ring, Thomas	Pfarrer
Sander, Lothar	Pfarrer

Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr

Ende der Sitzung: 21:20 Uhr

Tagesordnung

Ausschussvorsitzender Steindorf begrüßte die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Schulen, Herrn Pfarrer Banse, die erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörer, die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung sowie Herrn Wittenberg von der Allgemeinen Zeitung Coesfeld. Er teilte mit, dass Frau Dr. Boland-Theißen und Herr Gerigk von der Musikschule Coesfeld-Billerbeck-Rosendahl als Gäste zum TOP 6 ö.S. um ca. 20.30 Uhr erwartet würden.

Er stellte fest, dass zu dieser Sitzung mit Einladung vom 23. Januar 2012 form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig sei.

Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

1 Einwohner-Fragestunde gemäß § 27 Abs. 10 GeschO (1. Teil)

Es wurden keine Fragen von Einwohnern gestellt.

2 Anfragen der Ausschussmitglieder gemäß § 27 Abs. 9 GeschO

2.1 Sachstand zur Entwicklung der Elternbeiträge der Offenen Ganztagschule (OGS) - Herr Wilde

Ausschussmitglied Wilde fragte nach der zahlenmäßigen Entwicklung der Elternbeiträge für die Offene Ganztagschule (OGS) bzw. nach der Summe der Einnahmen in diesem Bereich.

Bürgermeister Niehues berichtete, dass nach der Einführung der Elternbeiträge die Anmeldezahlen für die OGS kurzzeitig zurückgegangen, dann aber wieder angestiegen seien. Insgesamt seien derzeit 85 Kinder angemeldet. Für das kommende Schuljahr werde ein weiterer Anstieg erwartet.

Produktverantwortliche Fuchs ergänzte, dass aus den Elternbeiträgen für das kommende Haushaltsjahr 2012 Einnahmen in Höhe von insgesamt rd. 18.000 € prognostiziert würden, basierend auf den Zahlen des laufenden Schuljahres. Der einzelne Elternbeitrag sei entsprechend dem gefassten Beschluss des Schul- und Bildungsausschusses einkommensabhängig konstant geblieben.

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus öffentlichen Ausschusssitzungen

Allgemeiner Vertreter Gottheil berichtete über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung am 05. Oktober 2011.

In dieser Sitzung sei unter dem TOP 4 ö.S. kein Beschlussvorschlag für den Rat zur Kündigung der mit der Stadt Coesfeld am 23. Dezember 1975 geschlossenen öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur gemeinsamen Wahrnehmung der Aufgaben der Volkshochschule gefasst worden, da seitens der Ausschussmitglieder noch Be-

ratungsbedarf angemeldet worden sei.

In der Ratssitzung am 01. Dezember 2011 sei dann der Beschluss zur Kündigung gefasst worden. Mit Verfügung des Kreises Coesfeld vom 19. Januar 2012 sei die Kündigung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur gemeinsamen Wahrnehmung der Aufgaben der Volkshochschule durch die Gemeinde Rosendahl zum 31. Dezember 2011 bestätigt und im Amtsblatt des Kreises Coesfeld vom 23. Januar 2012 bekannt gemacht worden.

Aus dem Schreiben des Kreises Coesfeld gehe hervor, dass die Kündigung nach Auskunft des Innenministeriums nicht der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde bedurfte. Das Schreiben werde der Niederschrift beigelegt (**Anlage I**).

Auf die Bekanntmachung der Kündigung durch den Kreis werde im nächsten Amtsblatt der Gemeinde Rosendahl hingewiesen.

Der Bericht wurde ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

4 Verlängerung der Vereinbarung mit den Kath. Kirchengemeinden in der Gemeinde Rosendahl über die Finanzierung der Zusatzplätze in den Kath. Kindergärten in Rosendahl
Vorlage: VIII/366

Ausschussvorsitzender Steindorf verwies auf die Sitzungsvorlage VIII/366.

Bürgermeister Niehues teilte zunächst die Anmeldezahlen für die Rosendahler Kindertageseinrichtungen mit, die eine deutliche Bestätigung für den Ausbau der Einrichtungen zur U3-Betreuung seien, da die Anmeldezahlen für die U3-Kinder genau 50 % der Gesamtanmeldungen ausmache:

Einrichtung	Gesamtzahl Neuanmeldungen	davon U3
DRK Zwergenland Darfeld	12	6
Kath. St. Nikolaus Darfeld	12	9
DRK Haus Holtwick	11	5
Kath. St. Nikolaus Holtwick	24	11
DRK Fidus Osterwick	23	14
Kath. Ss. Fabian u. Seb. Osterwick	20	6
Gesamtzahl f. Rosendahl	102	51

Bürgermeister Niehues berichtete weiter über ein Abstimmungsgespräch mit den Leiterinnen der Rosendahler Kindertageseinrichtungen, Vertretern der Träger und Vertreterinnen und Vertretern des Kreisjugendamtes zur Gruppenbildung in den einzelnen Einrichtungen, das Anfang Januar 2012 stattgefunden habe. Die Gruppenbildung sei so vorgesehen, dass alle Kindertageseinrichtungen die angemeldeten U3-Kinder aufnehmen könnten und noch einige Plätze verfügbar seien, um z.B. Kindern bei Zuzug einen Platz anbieten zu können.

Er teilte weiter mit, dass er Frau Dülker vom Kreisjugendamt in diesem Gespräch mitgeteilt habe, dass die Gemeinde Rosendahl nach dem vom Rat beschlossenen Haushaltssicherungskonzept ab dem Kindergartenjahr 2013/14 nicht mehr die freiwilligen Trägeranteile für die Zusatzplätze in den katholischen Kindertageseinrichtungen übernehmen werde. Frau Dülker habe zugesagt, diese Information an den Landrat weiterzuleiten, der eine Thematisierung in der Bürgermeisterkonferenz veranlassen werde. Möglicherweise ergebe sich dort die Diskussion, ob die Finanzierung der Zusatzplätze der katholischen Kindergärten in allen Gemeinden auf den Kreis Coesfeld verlagert werde. An Pfarrer Banse gerichtet fügte er hinzu, dass die Kirchengemeinden von einer weiteren Zuschusszahlung ausgehen könnten, diese aber künftig vom Kreisjugendamt gezahlt würden.

Ausschussvorsitzender Steindorf erkundigte sich nach der genauen Zahl der Kinder in der Waldgruppe des katholischen Kindergartens St. Nikolaus Holtwick.

Bürgermeister Niehues sagte zu, diese Frage über das Protokoll zu beantworten.

Antwort: Die Leiterin des Katholischen Kindergartens St. Nikolaus Holtwick, Frau Grevenbrock, teilte mit, dass in der Waldkindergartengruppe genau 20 Kinder angemeldet seien.

Fraktionsvorsitzender Mensing erklärte, dass im letzten Jahr nicht umsonst nur einer Verlängerung für ein Jahr zugestimmt worden sei. Die WIR-Fraktion habe mit einer eventuellen Verbesserung der Situation für die Gemeinde Rosendahl gerechnet. Dies sei aber offenbar nicht so. Er verwies auf seine Anregung in der Sitzung am 26. Januar 2011, wonach er die Träger und die Gemeinde aufgefordert habe, die für die U3-Betreuung anfallenden Kosten dem Land und dem Bund in Rechnung zu stellen, um zumindest symbolisch klar zu machen, wer hier in der Pflicht sei. Zudem habe Herr Klix von der Zentralrendantur zugesagt, eine Kostenaufstellung der Zusatzplätze für die Gemeinde zu erstellen. Er fragte, ob seitens der Gemeinde ein Schreiben an das Land ergangen sei und ob die Zahlen von Herrn Klix vorgelegt worden seien.

Bürgermeister Niehues sagte eine Beantwortung über das Protokoll zu.

Antwort: Kämmer Isfort erklärte Folgendes:

1. Wie Herr Klix bereits in der Sitzung am 26. Januar 2011 erklärt hatte, ist die Ermittlung der zusätzlichen Belastungen für die U-3-Betreuung nur von der Trägerseite bzw. in Abstimmung mit ihr auch erst im Nachhinein möglich. Nach Abschluss des Haushaltsjahres 2011 kann die Erhebung der Daten im Rahmen der Produktverantwortung nunmehr veranlasst werden.
2. In der weiteren Diskussion in der o.g. Sitzung hatte Herr Klix im Rahmen einer exemplarischen Rechnung für den St. Nikolaus-Kindergarten Darfeld den zusätzlichen Kostenanteil der Gemeinde Rosendahl je Kindergartenplatz bereits mit jährlich 711 € (12 % von 5.925 €) beziffert.
3. Die protokollierte Überlegung des Fraktionsvorsitzenden Mensing, eine Auflistung mit den ermittelten zusätzlichen Kosten der Landes- und Bundesregierung zuzuleiten, konnte und kann m.E. nur als Ausdruck der verständlichen Verärgerung über die neuerliche Belastung der kommunalen Ebene durch gesetzgeberische Maßnahmen gesehen werden. Sie kann allerdings als Meinungsäußerung im

Rahmen einer Diskussion nicht Grundlage für ein offizielles Vorgehen der Verwaltung sein. Hierzu bedarf es eines förmlichen Ratsbeschlusses.

4. Es ist protokolliert, dass es die Idee des Fraktionsvorsitzenden Mensing sei, die zu erstellende Auflistung des Landes- und Bundesregierung zu schicken. Für mich waren diese Ausführungen so zu verstehen, dass die WIR-Fraktion eine Datenerhebung durch die Verwaltung wünsche, um diese selbst politisch zu nutzen. Mein ebenfalls protokolliertes Interesse an einer derartigen Vorgehensweise bezog sich darauf.

Fraktionsvorsitzender Mensing stellte im Folgenden eine Berechnung der WIR-Fraktion vor, wonach der Anteil der katholischen Kinder in Rosendahl nach seinen Recherchen rd. 83 % betrage. Bei einer Gesamtzahl von 400 Kindern, die nach seinen Informationen z.Zt. die Katholischen Kindergärten und die DRK-Kindertageseinrichtungen besuchten, müssten demnach 332 Kinder katholisch sein. Von den katholischen Einrichtungen würden insgesamt 235 Plätze vorgehalten, aber nur 152 durch die Kirchengemeinden selbst finanziert. Dies halte er für ein deutliches Missverhältnis und daher fordere er die Verwaltung auf, Verhandlungen mit der Katholischen Kirche zu führen, die einen anderen Verteilungsschlüssel für die Finanzierung zum Ziel hätten. Mit der Einführung des KiBiz (Kinderbildungsgesetz) sei der Anteil der Kirchen an der Finanzierung der Kindergartenplätze gesunken. Bei den Gemeinden seien diese Einsparungen nicht angekommen. Er sehe daher die Katholische Kirche in der Pflicht, einen deutlich höheren Anteil zu zahlen. Werde diese Zahlung durch den Kreis Coesfeld übernommen, bedeute das die Zahlung einer höheren Jugendamtsumlage durch die Gemeinde Rosendahl, was letztendlich zu keiner Einsparung führe. Die WIR-Fraktion bitte daher um entsprechende Nachverhandlungen mit den Katholischen Kirchengemeinden.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass von Seiten des Generalvikariats die Trägeranteile für 152 Kindergartenplätze genehmigt würden. Er gehe nicht davon aus, dass hier eine Nachverhandlung erfolgreich sein werde. Eher bestehe die Gefahr des kompletten Ausstiegs der Katholischen Kirche aus der Finanzierung der Kindergartenplätze. Er weise darauf hin, dass die Betreuungsverträge der Kindergärten mit den Eltern erst nach der Verlängerung des Vertrages über die Finanzierung der Zusatzplätze durch die Gemeinde Rosendahl geschlossen würden. Sollten die Trägeranteile für die Zusatzplätze von der Gemeinde nicht gezahlt werden, so bedeute dieses für die davon betroffenen Eltern, dass sie keinen Kindergartenplatz bekommen werden.

Fraktionsvorsitzender Mensing machte deutlich, dass er die Finanzierung weiter für eine Verhandlungssache halte. Nach finanziellen Gesichtspunkten müsste er demnach als Ratsmitglied dafür plädieren, die Kinder dort anzumelden, wo es günstiger sei und seitens der Gemeinde den ärmeren Träger zu unterstützen.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass er zwar Gespräche mit den drei Kirchengemeinden führen könne, aber das Ergebnis schon jetzt feststehe, weil eine Grundsatzentscheidung über die Finanzierung der Kindergartenplätze in Form einer Grundversorgung (je 60 Katholiken ein Kindergartenplatz) durch das Generalvikariat Münster vorgegeben sei und diese auch für alle anderen Städte und Gemeinden im Bistum gelte.

Fraktionsvorsitzender Weber dankte dem Fraktionsvorsitzenden Mensing für seine Recherchen und die vorgestellten Berechnungen. Er selbst kritisiere an dieser Stelle die Sitzungsvorlage, die keine Daten, keine Fakten und keine Abrechnungen enthal-

te.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass eine Abrechnung erst am Ende des Kindergartenjahres möglich sei. Es werde immer eine Spitzabrechnung durchgeführt. Er wolle die Zahlen für das vorherige Kindergartenjahr gerne über das Protokoll nachliefern (**Anlage II**).

Fraktionsvorsitzender Weber machte deutlich, dass diese Zahlen seiner Ansicht nach bereits in der Sitzungsvorlage hätten dargestellt werden müssen. Zudem könne er auch im Entwurf des Haushaltsplans die entsprechenden Zahlen nicht finden.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass im Haushaltsplan ein Haushaltsansatz für alle Kindergärten hinterlegt sei. Er wies weiter darauf hin, dass der Trägeranteil für die DRK-Kindertageseinrichtungen von der Gemeinde alleine und auf Dauer gezahlt würde.

Fraktionsvorsitzender Mensing stellte den **Antrag**, nicht über die Sitzungsvorlage abzustimmen, sondern erst die Gespräche der Verwaltung mit der Katholischen Kirche abzuwarten.

Ausschussvorsitzender Steindorf gab zu bedenken, dass es dann im Haupt- und Finanzausschuss notwendig sei, eine Entscheidung zu treffen, um in der Ratssitzung am 22. Februar einen abschließenden Beschluss fassen zu können. Zudem gehe er davon aus, dass diese Diskussion im nächsten Jahr erneut stattfinden werde, da dann ein Rechtsanspruch für die U3-Kinder auf einen Kindergartenplatz entstehe. Er befürworte in diesem Jahr eine Entscheidung für die Finanzierung im Hinblick auf die Haushaltsverabschiedung.

Ausschussmitglied Kreuzfeldt erklärte, dass er davon ausgehe, dass sich die Katholische Kirche bei dem Versuch von Nachverhandlungen zur Finanzierung der Kindergartenplätze möglicherweise ganz aus diesem Bereich herausziehe, was dann zur Folge habe, dass nicht alle Kinder einen Kindergartenplatz bekommen könnten. Diese Kinder müssten dann evtl. in anderen Orten untergebracht werden oder man müsste neue Kindergärten bauen. Er plädiere dafür, an dieser Stelle nicht zu viel zu fordern.

Ausschussmitglied Deitert erklärte, dass man nicht ständig die Kirchengemeinden kritisieren, sondern froh sein sollte, dass diese sich im Bereich der Kindergärten so stark engagieren. Auch halte er von einer Vertagung der Beratung zu diesem TOP absolut nichts. Er appellierte an die Ausschussmitglieder, in Zukunft detaillierte Fragen zu Zahlen, Daten und Fakten im Vorfeld zu stellen, so dass während der Sitzung eine Diskussion auf entsprechender Grundlage möglich sei.

Ausschussvorsitzender Steindorf ließ sodann über den **Antrag** vom Fraktionsvorsitzenden Mensing **abstimmen**, aktuell nicht über die Sitzungsvorlage abzustimmen und zunächst die Gespräche der Verwaltung mit den Katholischen Kirchengemeinden abzuwarten.

Abstimmungsergebnis:

3 Ja Stimmen

6 Nein Stimmen

Der Antrag war damit **abgelehnt**.

Der Ausschuss fasste sodann folgenden **Beschlussvorschlag für den Rat**:

Vorbehaltlich der Bereitstellung der notwendigen Haushaltsmittel im Haushaltsplan

2012 und der Genehmigung durch die Kommunalaufsicht des Kreises Coesfeld wird dem Abschluss der der Sitzungsvorlage Nr. VIII/366 als Anlage I beigefügten Vereinbarung mit den Katholischen Kirchengemeinden in der Gemeinde Rosendahl über die Finanzierung der Zusatzplätze in den Kath. Kindergärten zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja Stimmen
2 Enthaltungen

**5 Haushaltsplan für das Jahr 2012;
hier: Beratung der Produkte in der Zuständigkeit des Ausschusses
Vorlage: VIII/368**

Ausschussvorsitzender Steindorf verwies auf die Sitzungsvorlage VIII/368.

Ausschussmitglied Kreuzfeldt stellte den **Antrag**, über die vorgesehenen Produkte einzeln zu beraten und abzustimmen.

Ausschussvorsitzender Steindorf ließ über diesen **Antrag abstimmen:**

Abstimmungsergebnis: 4 Ja Stimmen
4 Nein Stimmen
1 Enthaltung

Der Antrag war damit **abgelehnt**.

Ausschussmitglied Kreuzfeldt fragte, ob er recht gehe in der Annahme, dass somit im Folgenden über das Produkt 17 – Musikschule.- abgestimmt werde, ohne die Beratung des sich anschließenden TOP's 6 ö.S. zu berücksichtigen.

Ausschussvorsitzender Steindorf bedankte sich für diesen Hinweis und schlug vor, dieses Produkt aus der Abstimmung am Ende der Beratungen herauszunehmen.

Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

Fraktionsvorsitzender Weber teilte mit, dass er sich selbst die Mühe gemacht habe, die Kosten für die Schulen zusammenzustellen und fragte, ob in der Summe von 957.385 € tatsächlich alle Positionen enthalten seien.

Dieses wurde von Bürgermeister Niehues bejaht.

Ausschussmitglied Kreuzfeldt fragte, ob es korrekt sei das Produkt 18 – Volkshochschule - nach der Kündigung der Mitgliedschaft der Gemeinde Rosendahl weiterhin im Haushaltsplan mit einer Planung bis zum Jahr 2015 aufzuführen.

Bürgermeister Niehues sagte zu, diese Fragestellung an Kämmerer Isfort weiterzugeben.

Antwort: Kämmerer Isfort erklärte, dass ausweislich der Leistungsbeschreibung zu diesem Produkt auch nach der Kündigung hier wahrzunehmende Aufgaben wie die Förderung und Unterstützung der sonstigen Bildungseinrichtungen verblieben.

Fraktionsvorsitzender Mensing fragte, an welcher Stelle im Entwurf des Haushalts-

plans die Kosten für die Wartung der Schulcomputer der Grundschulen wiederzufinden seien.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass diese Kosten in dem Punkt 15, Transferaufwendungen, S. 122, enthalten seien.

Fraktionsvorsitzender Mensing bat darum, eine genaue Aufstellung der Kosten und der erbrachten Leistungen über das Protokoll mitzuteilen.

Dieses wurde von Bürgermeister Niehues zugesagt. Er wies jedoch darauf hin, dass er die eingerichtete Stelle zur Betreuung der Schul-Netzwerke für absolut notwendig halte. Verwaltungsseitig habe man den Stundenumfang für die EDV-Kraft bereits im letzten Jahr reduziert. Weiteres Einsparpotential gebe es nicht.

Antwort: Seit dem 1.1.2011 beläuft sich der Zuschuss für die EDV-Betreuung der Computer an den Rosendahler Grundschulen auf monatlich 375,- € , jährlich somit auf insgesamt 4.500,- €.

Im Jahr 2011 sind für diesen Zuschuss durch die EDV-Fachkraft insgesamt 140,5 Arbeitsstunden an der Sebastian-Grundschule Osterwick und 152,75 Arbeitsstunden an der Nikolaus-Grundschule Holtwick geleistet worden. Es wurden im Rahmen dieser Stunden insbesondere Wartungs- und Reparaturarbeiten durchgeführt sowie neue EDV-Programme und neue Hardware beschafft und installiert.

Fraktionsvorsitzender Weber fragte, welches der hier beratenen Produkte zu den freiwilligen Leistungen der Gemeinde Rosendahl zähle.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass lediglich die Musikschule zu den freiwilligen Leistungen zähle.

Auf die Frage vom Fraktionsvorsitzenden Weber, ob es Pflicht sei, eine Verbundschule vorzuhalten, erklärte Bürgermeister Niehues, dass dieses eine Pflichtaufgabe sei, weil ein entsprechender Bedarf vorhanden sei, der sich aus den Anmeldezahlen für die Verbundschule ergebe.

Ausschussmitglied Kreuzfeldt wies an dieser Stelle darauf hin, dass die SPD-Fraktion die Aufteilung der Finanzierung der Verbundschule Legden Rosendahl nicht billige und daher dem Haushaltsplan nicht zustimmen werde.

Fraktionsvorsitzender Mensing verwies auf die bei Produkt 46 - Förderung von Kindern in Tagesbetreuung – unter Punkt 15, Sachkonto 539120, angegebene Summe von 300.000 €. Er fragte, ob es nicht möglich sei, diesen Betrag an den Kreis zu übertragen. Ihm gehe es darum, die tatsächliche Summe für die U3-Betreuung zu ermitteln und diese dann dem Land in Rechnung zu stellen.

Bürgermeister Niehues verwies noch einmal darauf, dass erst ab dem 01. August 2013 ein Rechtsanspruch für unter 3-jährige Kinder auf einen Kindergartenplatz bestehe. Tatsächlich sei es möglich, dass dann aufgrund der Quote von 35 % weitere U3-Kinder keinen Kindergartenplatz erhielten. Er werde diese Anregung aufgreifen und weitergeben, um zu prüfen, ob man diese Aufwendungen ganz auf den Kreis übertragen könne.

Fraktionsvorsitzender Weber stellte dazu fest, dass demnach die zuvor von Bür-

germeister Niehues gegebene Antwort, dass lediglich die Musikschule eine freiwillige Leistung der Gemeinde Rosendahl sei, falsch gewesen sei.

Ausschussmitglied Kreuzfeldt fragte, warum sich bei diesem Produkt die Personalaufwendungen in der Planung bis 2015 im Vergleich zum Jahr 2010 verdreifacht hätten.

Bürgermeister Niehues vermutete, dass darin auch die Kosten für Verwaltungsmitarbeiter enthalten seien, die die Elternbeiträge bearbeiten. Neu dazu gekommen sei die Bearbeitung der Beiträge für die Offene Ganztagschule (OGS).

Hinweis: Die Personalkostenanteile für die Bearbeitung der Elternbeiträge OGS werden in Zukunft unter dem Produkt 12 – Grundschulen – veranschlagt.

Ausschussmitglied Deitert appellierte nochmals an die Ausschussmitglieder, solche Fragen vor den jeweiligen Sitzungen einzureichen, um eine genaue Beantwortung durch die Verwaltung zu ermöglichen.

Fraktionsvorsitzender Weber erklärte, dass er es für effektiver halte, solche Fragen in einer Diskussion zu erarbeiten. Er halte es nicht für richtig, dass Ausschussmitglied Deitert hier Vorgaben für die Arbeitsweise des Ausschusses machen wolle.

Ausschussmitglied Deitert antwortete, dass er keine Vorgaben machen wolle, sondern für effektives Arbeiten plädiere.

Ausschussvorsitzender Steindorf beendete die Diskussion und bat um Abstimmung zu den beratenen Produkten.

Der Ausschuss fasste sodann folgenden **Beschlussvorschlag für den Rat:**

Die im Entwurf des Haushaltes 2012 enthaltenen Teilergebnispläne für die Produkte

12	Grundschulen
13	Verbundschule
14	Förderschulen
15	Zentrale Leistungen für Schüler und am Schulleben Beteiligte
18	Volkshochschule und sonstige Weiterbildung
46	Förderung von Kindern in Tagesbetreuung

werden dem Rat zur Beschlussfassung im Rahmen der Verabschiedung des Haushaltes 2012 empfohlen.

Abstimmungsergebnis: 8 Ja Stimmen
1 Nein Stimme

Ausschussvorsitzender Steindorf schlug anschließend vor, den TOP 6 ö.S. zurückzustellen, da Frau Dr. Boland-Theißen und Herr Gerigk noch nicht anwesend seien.

Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

6 Schrittweise Senkung des Umlageanteils der Gemeinde Rosendahl für den Zweckverband "Musikschule der Gemeinden Billerbeck, Coesfeld und Rosendahl"

Vorlage: VIII/370

Dieser TOP wurde nach dem TOP 9 ö.S. beraten.

Ausschussvorsitzender Steindorf begrüßte Frau Dr. Boland-Theißen als Verbandsvorsteherin der Musikschule Coesfeld-Billerbeck-Rosendahl sowie Herrn Gerigk und verwies auf die Sitzungsvorlage VIII/370. Er bat darum, dass Niveau der folgenden Beratung sachlich zu halten.

Bürgermeister Niehues teilte zunächst mit, dass er den Kommentar in der Allgemeinen Zeitung am 27. Januar 2012 mit dem Titel „Abschied aus der Bildung“ nicht gerne gelesen habe. Es sei nicht das Ziel der Gemeinde Rosendahl, sich aus der Bildung zu verabschieden, sondern Kosten einzusparen. Es gebe neben der Musikschule noch weitere Möglichkeiten für eine musikalische Ausbildung von Kindern. Er ließ hierzu Flyer der „Musikwerkstatt Westmünsterland e.V.“ verteilen (**Anlage III**). Bei der „Musikwerkstatt Westmünsterland e.V.“ erhielten derzeit rd. 85 Rosendahler Kinder Musikunterricht, davon etwa 2/3 aus Darfeld und 1/3 aus Osterwick, vereinzelt auch einige Kinder aus Holtwick. Das Angebot koste die Gemeinde keinen Zusatzbeitrag. Lediglich die Unterrichtsräume in der Grundschule Darfeld würden der „Musikwerkstatt Westmünsterland e.V.“ kostenlos zur Verfügung gestellt. Wie einem Presseartikel (**Anlage IV**) zu entnehmen sei, biete ferner der Musikverein Holtwick eine Ausbildung für verschiedene Instrumente, wie Trompete, Posaune, Tenorhorn, Waldhorn, Querflöte, Klarinette und Schlagzeug an. Auch die Musikkapelle der Feuerwehr Darfeld biete eine Ausbildung in den meisten vorgenannten Instrumentalfächern an.

Das vom Rat beschlossene Haushaltssicherungskonzept (HSK) müsse umgesetzt werden. Das eigentliche Ziel einer Halbierung der Umlage für die Musikschule sei nicht zu erreichen. Daher müsse heute festgelegt werden, wie weit die Gemeinde Rosendahl bereit sei, für die Musikschule zu zahlen. Daher habe er Frau Dr. Boland-Theißen gebeten, darzulegen, wie sich die finanzielle Situation darstelle und welche Auswirkungen eine Reduzierung der Unterrichtsstunden für die Gemeinde Rosendahl habe. Abschließend machte er deutlich, dass heute Abend kein Ausstieg aus der Musikschule beschlossen werden solle. Es gehe darum, ob der Umlageanteil der Gemeinde Rosendahl reduziert werden könne.

Ausschussmitglied Schaten machte an dieser Stelle deutlich, dass ihrer Ansicht nach die Ausbildung in Musikkapellen und der Musikschule nicht miteinander zu vergleichen seien. Sie habe nach jahrelangem Unterricht in der Musikschule ihr Musikstudium auf diese Ausbildung aufbauen können. Die Ausbildung in den Kapellen zielen in erster Linie auf die Ausbildung von Nachwuchs in den eigenen Reihen.

Dr. Boland-Theißen bedankte sich bei ihren Vorrednern und erklärte, dass es sich bei der Musikschule um ein kleines Unternehmen auf einem Mitbewerbermarkt handle. Sie wolle im Folgenden mit einer ausführlichen Präsentation Informationen als Entscheidungshilfe für die Ausschussmitglieder liefern (**Anlage V**).

Dabei machte sie deutlich, dass eine Reduzierung der Unterrichtsstunden für Rosendahl, wie in der Sitzungsvorlage vorgeschlagen, zu einer deutlichen Erhöhung der Umlagen für Billerbeck und Coesfeld führe. Durch den vermehrten Einsatz von Honorarkräften sei zwar eine Kostendämpfung möglich, die aber letztendlich nur zu einem Einsparpotential von rd. 1.500 € im Gegensatz zu den im HSK geforderten 20.000 € führe.

Sie wies ferner darauf hin, dass die Satzung des Zweckverbandes ein Kündigungs-

recht eines Mitgliedes nicht vorsehe. Diese Satzung sei vom Rat der Gemeinde Rosendahl einstimmig verabschiedet worden. Eine Kündigung sei nur möglich, wenn die Existenz eines Mitgliedes gefährdet sei. Dies sei aber durch eine Haushaltssicherung, die zum strikten Sparen anhalte, nicht gegeben. Dazu gebe es ein rechtliches Gutachten von Dr. Robers, Jurist und Beigeordneter der Stadt Coesfeld, das auch Bürgermeister Niehues seit dem gestrigen Tage vorliege (**Anlage VI**).

Fragen der Ausschussmitglieder wurden von Frau Dr. Boland-Theißen während und nach der Präsentation beantwortet.

Ausschussvorsitzender Steindorf bedankte sich bei Dr. Boland-Theißen für die ausführliche Darstellung. Er bezeichnete die Situation des Ausschusses als schwierig, da sowohl die Beschlussvorlage des Bürgermeisters, die er im Übrigen nicht für rechtsverbindlich halte, als auch die Ausführungen von Dr. Boland-Theißen nicht zu einer eindeutigen Lösung beitragen.

Er wisse nicht, ob unter diesen Umständen heute ein Beschluss gefasst werden könne, allerdings wolle er auch den Anweisungen des Bürgermeisters nicht Folge leisten, heute nicht über einen Ausstieg aus dem Zweckverband zu beschließen. Er schlage daher vor, den Haushalt grundsätzlich zu beschließen, da dies nicht bedeute, dass ein bereit gestellter Betrag auch ausgegeben werden müsse. Er **beantrage**, dem weiteren Beschlussvorschlag nicht Folge zu leisten, sondern die Verwaltung zu beauftragen, die Rechtsverbindlichkeit der Aussagen in dem vorgelegten Gutachten zu prüfen, insbesondere die Möglichkeit eines Ausstieges aus dem Zweckverband Musikschule. Er selbst habe keine Affinität zum Ausstieg, aber es müssten alle Möglichkeiten geprüft werden.

Ausschussvorsitzender Steindorf ließ im Folgenden zunächst über den **Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen**:

Die Leitung der Musikschule Billerbeck-Coesfeld-Rosendahl wird aufgefordert, solange keine Schülerinnen und Schüler aus Rosendahl, die nicht kostendeckend unterrichtet werden können, aufzunehmen, bis der Umlageanteil der Gemeinde Rosendahl auf 20.000,-- € jährlich (alternativ: 30.000,-- € jährlich) reduziert ist. Über die Entwicklung der Schülerzahlen aus Rosendahl ist jährlich jeweils bis zum 15. Januar des Folgejahres ein detaillierter Bericht vorzulegen, der insbesondere Angaben darüber enthält, wie viele Schülerinnen und Schüler Einzelunterricht, Gruppenunterricht, Grundstufenunterricht und Klassenunterricht erhalten und welcher Anteil (Unterrichtsstunden) davon kostendeckend und welcher Anteil nicht kostendeckend durchgeführt werden konnte.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	7 Nein Stimmen
	2 Enthaltungen

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung war damit **abgelehnt**.

Er ließ weiter abstimmen über die Zustimmung zum Produkt 17 – Musikschule.

Der Ausschuss fasste folgenden **Beschlussvorschlag für den Rat**:

Dem im Entwurf des Haushaltes 2012 enthaltenen Teilergebnisplan für das Produkt

17 - Musikschule

wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Er ließ sodann über seinen **Antrag abstimmen**, die Verwaltung zu beauftragen, die Rechtsverbindlichkeit der Aussagen in dem Gutachten von Dr. Robers prüfen zu lassen, insbesondere die Möglichkeit eines Ausstieges aus dem Zweckverband Musikschule.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja Stimmen
2 Enthaltungen

Der Antrag war damit **angenommen**.

7 **Mitteilungen der Verwaltung**

Es wurden keine Mitteilungen der Verwaltung vorgetragen.

8 **Mitteilungen der Schulleitungen**

8.1 **Lagebericht der Verbundschule - Rektor Barkowsky-Pokart**

Rektor Barkowsky-Pokart erklärte, dass er sich freue, sich heute auch in diesem Gremium vorstellen zu können, da er bei der letzten Sitzung des Schul- und Bildungsausschusses wegen einer anderen dienstlichen Veranstaltung verhindert gewesen sei. Er sei seit September als Schulleiter der Verbundschule Legden Rosendahl tätig und habe sehr viel Spaß an seiner Arbeit. Er versuche, der Herausforderung der zwei Standorte gerecht zu werden und sei jeweils an 2 ½ Tagen in Legden und ebenso in Rosendahl vor Ort. Es tue der Schule gut, dass der Schulleiter an beiden Standorten präsent sei.

Aktuell habe das Kollegium mit einem hohen Krankenstand zu kämpfen, er hoffe aber, dass sich diese Situation ab der kommenden Woche wieder entschärfe. Zum Thema der Wartung von schuleigenen PC's erklärte er, dass die Schule momentan in der glücklichen Lage sei, ihre beiden Computerräume durch einen engagierten Kollegen warten zu können. Daher sei momentan wenig Hilfe von Seiten der Gemeinde notwendig. Er wies aber ausdrücklich darauf hin, dass sich diese Situation bei einem Ausscheiden des betreffenden Kollegen ändern werde.

8.2 **Computerwartung - Rektor Müller**

Rektor Müller erklärte, dass in der Nikolaus-Grundschule in Holtwick leider kein Kollege in der Lage sei, die rd. 50 PC's zu warten, die für die Schüler zur Verfügung stünden. Daher sei er ausgesprochen dankbar für die Hilfe durch Herrn Möllers, der sogar am Wochenende erreichbar sei und sich einsetze. Er wolle an dieser Stelle

eine Lanze für Herrn Möllers brechen und die Politik darauf hinweisen, dass dieser Mann unverzichtbar sei und seiner Ansicht nach an dieser Stelle kein Einsparpotential bestehe.

8.3 Computerwartung und Schülerlotsenprojekt - Rektor Middelberg

Rektor Middelberg schloss sich den Ausführungen von Rektor Müller zum Thema Unterstützung bei der Computerwartung an. Auch an der Osterwicker Grundschule gebe es keinen Kollegen, der die notwendige Wartung und Unterstützung leisten könne. Somit sei Herr Möllers auch hier unabkömmlich.

Ferner wies er auf ein neu eingerichtetes Schülerlotsenprojekt hin, das auf Betreiben der Elternpflegschaft der Sebastian-Grundschule an der Querungsstelle Eissen/Droste-Hülshoff-Weg vom Kreis Coesfeld eingerichtet worden sei. Schüler der Klassen 10 der Verbundschule Legden Rosendahl seien durch den Kreis Coesfeld als Verkehrshelfer ausgebildet worden. Die Ausstattung der Helfer mit Warnwesten und Kellen sei durch die Kreisverkehrswacht erfolgt.

Das Projekt sei erfolgreich angelaufen und werde gut angenommen.

8.4 Besuch des Regierungspräsidenten zum Thema Inklusion am 14. März 2012 in der Nikolaus-Grundschule Darfeld - Rektor Kahlert

Rektor Kahlert teilte mit, dass der Regierungspräsident sich in der nächsten Zeit mit dem Thema Inklusion vor Ort beschäftigen wolle und dazu einige Schulen im Regierungsbezirk besuchen werde. Unter anderem sei dabei auch ein Besuch der Antonius-Grundschule in Darfeld geplant. Dieser Besuch werde am 14. März 2012 stattfinden.

9 Einwohner-Fragestunde gemäß § 27 Abs. 10 GeschO (2. Teil)

Es wurden keine Fragen von Einwohnern gestellt.

Ralf Steindorf
Ausschussvorsitzende/r

Sabine Wisner-Herrmann
Schriftführer/in